

Knie, Andreas; Simon, Dagmar

Book Part — Published Version

Doppelte Validierung von Expertise: Wissenschaftliche Politikberatung als Co-Production

Provided in Cooperation with:
WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Knie, Andreas; Simon, Dagmar (2021) : Doppelte Validierung von Expertise: Wissenschaftliche Politikberatung als Co-Production, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, pp. 484-494,
<https://doi.org/10.5771/9783748911418-483>

This Version is available at:
<http://hdl.handle.net/10419/266420>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Doppelte Validierung von Expertise: Wissenschaftliche Politikberatung als *Co-Production*

1. Wissenschaftliche Politikberatung in der Pandemie-Krise

Wie weit und in welcher Form kann sich Wissenschaft auf die Gesellschaft einlassen? Wie kann das Verhältnis zur Gesellschaft und damit auch zur Politik gestaltet werden? Welche Kriterien, Qualitätsstandards, Normen und Referenzsysteme finden in dieser Kommunikation Anwendung? Diese Debatte ist so alt wie die Wissenschaft selber, hat aber durch die Corona-Pandemie einen neuen Schub erhalten und brachte unter anderem deutliche Unterschiede im Selbstverständnis der Wissenschaften zum Vorschein. Zwei Disziplingruppen unterscheiden sich in ihren Bezügen auf Gesellschaft und Politik in einer besonderen Weise: die Klimawissenschaften und die Virologie. Während die Klimawissenschaften fest davon überzeugt sind, dass nur ein weltweiter Konsens unter den Fachkolleg:innen die Qualität des Wissens - und damit auch die politische Umsetzung - sichert, kommunizierten Virolog:innen zumindest in der ersten Phase der Corona-Krise im Jahr 2020 anders. In den beiden Wissensgebieten herrscht große Unsicherheit über die Dateninterpretation und die daraus abzuleitenden Prognosen im politischen Raum. Während die Klimawissenschaften aber die interne Qualitätskontrolle als das Maß der Dinge einsetzt und darauf hofft, dass durch den Verweis auf den stabilen wissenschaftlichen Konsens aller Fachkolleg:innen auch die politische Umsetzung erfolgen muss, setzen einige Virolog:innen andere Akzente. Die noch unsicheren Aussagen werden ganz bewusst als solche gekennzeichnet und in den politischen Diskurs getragen. Andere Akteur:innen aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft haben damit die Chance, frühzeitig Einblicke zu gewinnen und auch Einwirkungsmöglichkeiten zu reklamieren. So wird beispielsweise auf den »Drosten-Effekt« mit einem neuen Kommunikationsstil verwiesen: »Eine Kommunikation, die durch eine neue Offenheit, durch die Verbindung von Expertise und Empathie, von Dynamik und Fehlerkultur Vertrauen aufbauen und Verständnis schaffen kann, ist für den Umgang mit komplexen Herausforderungen«¹ geeignet, neue Maßstäbe zu setzen.

Die Pandemie wirkt wie ein Katalysator auf die lang andauernde Debatte über das Verhältnis von Wissenschaft und Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit sowie die Rolle und Aufgabe wissenschaftlicher Politikberatung. So wird einerseits darauf hingewiesen, dass unsicheres Wissen, welches in der Öffentlichkeit debattiert wird, von Politiker:innen nach ihren Interessen und Präferenzen leicht genutzt und instrumentalisiert werden kann,² was im Streit innerhalb der Virolo-

1 Bartl 2020, zitiert in Weingart 2021.

2 Weingart 2021.

gie tatsächlich zu beobachten ist. Prominente Politiker:innen, die unterschiedliche Positionen zum Lockdown formuliert haben, verwiesen jeweils auf »ihre« Wissenschaftler:innen; in der Folge wurden einzelne Wissenschaftler:innen dann plötzlich politischen Lagern zugeordnet und als willfährige Büttel einzelner Parteien diffamiert.

Wissenschaftliche Politikberatung wird gerade in der Krise zur umstrittenen Expertise. Grundverständnisse, wie weit man sich aus dem wissenschaftlichen Feld hinausbegeben kann, welche Koalitionen geschmiedet werden können, sollen in diesem Essay vor dem Hintergrund der alten und dennoch immer neu aufgeworfenen Debatte um das Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft beziehungsweise Wissenschaft und Politik betrachtet werden. Die Positionen scheinen unverrückbar im Raum zu stehen: Einerseits wird eine »saubere« Trennung zwischen den unterschiedlichen Sphären und damit unterschiedlichen Referenzsystemen gefordert, andererseits sind gute Gründe genannt, eine direktere Form der Zusammenarbeit zu suchen und auszutarieren. Dies soll am Beispiel von neuen interaktiven Formen der Politikberatung in Form einer *Co-Production* von Wissen durch Wissenschaftler:innen und andere gesellschaftliche Akteure gezeigt werden. Abschließend stellt sich die Frage, ob solche Formen überhaupt für die Wissenschaft und damit für die Wissenschaftler:innen attraktiv sein können, wenn die tradierte Reputationsordnung der *Peers* auch weiterhin gilt.

2. Wissenschaft und Gesellschaft – *a never ending story*

Die Debatte um wissenschaftliche Politikberatung ist nur im Kontext einer breiteren Diskussion um das Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft zu verstehen, die so alt ist wie die Wissenschaft selbst und begründet sich aus der Entstehung der akademischen Forschung.³ Die im 18. Jahrhundert neu entstandene Form der wissenschaftlichen Disziplinen musste sich gegenüber dem Zugriff des Souveräns schützen und eine eigene, unabhängige Identität schaffen, obwohl – oder besser gesagt –, weil sie ja von ihm finanziert wurde. Mit Blick auf dieses Spannungsfeld ist es zu verstehen, dass Wissenschaft ihre Unabhängigkeit und Integrität in der Gesellschaft stets verteidigen muss. Als Schutzmechanismus hat dabei immer das Beharren auf das Bewertungsmonopol der Qualität von Wissenschaft funktioniert. Was gute Wissenschaft ist, entscheidet die Wissenschaft schon seit Jahrhunderten immer selbst, das *Peer Review* ist damit die konstitutive Grundkonstruktion wissenschaftlichen Arbeitens.⁴

Diese Selbstreferenz als stabilisierendes Moment wird oft als »epistemisches Regime«⁵ beschrieben und deutet damit den Grundkonflikt wissenschaftlichen Tuns an: Die Kanonisierung des Wissens zu betreiben, und damit auf eine notwendige Separierung der Erkenntnisse von anderen Produktionsformen zu beharren – wo-

3 Kaldewey 2013.

4 Stichweh 1984.

5 Bösch 2016, 2019; Jasanoff 2013.

bei die Generierung und Validierung ausschließlich den *Peers* vorbehalten bleibt. Das erzwingt immer besondere Formen der Verständigung mit den Außenstehenden. Der bisherige »Vertrag«⁶ zwischen der Gesellschaft und der Wissenschaft beruht auf der Annahme, dass sich gerade durch diese Unabhängigkeit der Produktionsformen und die Exklusivität der Qualitätssicherung der *Peers* eine so hohe Qualität entwickelt, die sich früher oder später, mehr oder weniger dann doch Bahn bricht und die gewünschte Nützlichkeit für die Gesellschaft schafft. In den letzten Dekaden ist dazu eine Debatte in Gang geraten, die diese alte Formel ›Relevanz durch Exzellenz‹ so nicht mehr teilt und mehr *Impact* wissenschaftlichen Wissens verlangt. Diese Diskussion und damit die Aufforderung an die Wissenschaft ist vor allem wissenschaftspolitischen Ursprungs, geht es doch immer wieder um den Nachweis und die Legitimation einer von Steuergeldern finanzierten Forschung. In letzten Jahren sind – zumindest in einigen *scientific communities* – diese Debatten angekommen. Exzellenz und Impact werden nicht mehr als sich gegenseitig ausschließende Desiderate behandelt, sondern auch als gleichzeitig anzustrebende Zieldimensionen von exzellenter Forschung.⁷

Erwünscht ist ein überzeugender Nachweis der Wirksamkeit von Wissenschaft. In den letzten 50 Jahren ist deutlich geworden, dass es hier aber keinen Automatismus gibt, der dazu führen würde, dass sich das durch die *Peers* legitimierte Wissen unmittelbar auch in anderen Sektoren verbreitet und auch dort bewährt. Um diesen Beweis zu erbringen, sind aufgrund der konstitutiven Selbstreferenz besondere Übergänge nötig, die gern »Transfer« genannt werden.⁸

Besonders deutlich wird dies an einem wichtigen Transferkanal für wissenschaftliches Wissen, nämlich die Politikberatung. Denn gerade in Zeiten von Krisen nimmt auch hier das öffentliche Interesse an der Wissenschaft zu und die Öffentlichkeit nimmt sozusagen eine Leistungsschau wissenschaftlicher Ergebnis- und Deutungsarbeit vor. Dass die Qualität wissenschaftliche Politikberatung neben der internen Validierung weitere Kriterien benötigt, wie beispielsweise die Brauchbarkeit für das jeweilige Feld, darüber herrscht Konsens.⁹ Weitere Anforderungen lassen sich im Wunsch nach einer

Epistemische[n] Robustheit [zusammenfassen], das heißt, die Belastbarkeit und Verlässlichkeit von Expertise, selbst unter unbekanntem und variierenden Anwendungs- bzw. Praxisbedingungen. Die epistemische Robustheit muss dabei mit politischer Robustheit einhergehen. Erst dadurch kann die Anschlussfähigkeit und Responsivität gegenüber Kriterien politischer Legitimation hergestellt werden.¹⁰

In der Wissenschaftsforschung sind immer wieder Versuche unternommen worden, eine Typologie sowohl wissenschaftlicher Politikberatung¹¹ als auch von

6 Merton 1985.

7 Wissenschaftsrat 2021.

8 Knie und Simon 2016.

9 Weingart und Lentsch 2008.

10 Lentsch 2016, S. 321.

11 zum Beispiel Pielke 2007.

Expertise unter Berücksichtigung der Rolle von Experten-Laien zu entwickeln, die das Vertrauen der Gesellschaft in die Wissenschaft stärken können.¹² Doch damit ist immer gleich auch eine Hierarchie eingebaut, zwischen der kompetenten Wissenschaft und den noch nicht ausreichend geschulten Laien, die aber so nicht existiert. Sheila Jasanoff hat in ihren Arbeiten auf die kulturelle, historische, politische und auch nationalstaatliche Kontextualisierung von Expertise und damit auch der Konstruktion eines Verhältnisses von Wissenschaft und Politik hingewiesen:

I have always insisted that expertise is not merely something that is in the heads and hands of skilled persons, constituted through their deep familiarity with the problem in question, but rather that is something acquired, and deployed, within particular historical, political, and cultural contexts.¹³

Zwar unterstützen diese neuen Verständnisse ein breiteres Bild von Expert:innen (in der wissenschaftlichen Politikberatung) als das einfache und lineare Beratungsmodell. Die Frage bleibt aber, wie die Einbeziehung von anderen gesellschaftlichen Akteur:innen in die Politikberatung, wie etwa Vertreter:innen der Zivilgesellschaft tatsächlich geschehen sollte. Dies wird vor allem unter dem Aspekt diskutiert, inwieweit damit möglicherweise die wissenschaftliche Expertise aufgewertet wird, wenn in einer multilateralen Zusammenarbeit mit wechselseitigen Abhängigkeiten operiert wird. Vorstellbar wäre, dass sich damit einerseits die Qualität der Forschung und andererseits auch der *Impact* erhöht.

3. Wissenschaftliche Politikberatung: Konsequenzen aus der Pandemie

Die Konsequenzen, die aus der Pandemie für das Zusammenspiel von Wissenschaft und Politik innerhalb der Forschung gezogen wurden, setzen zunächst aber noch völlig andere Schwerpunkte: Unter anderem wird aufgrund des öffentlich ausgetragenen Streites mehrheitlich auf die Stärkung von wissenschaftlichen Beratungsorganisationen gesetzt, damit die Wissenschaft mit »einer Stimme« in der Öffentlichkeit kommuniziert. Der Wissenschaftshistoriker Jürgen Renn forderte in der ZEIT eine schlagkräftigere Nationalakademie, sozusagen eine rundum erneuerte (verjüngte) und modernisierte Leopoldina.¹⁴ Parallel wird eine hochkarätige Institution wie die amerikanische »*National Academy of Sciences*« als »*Role Model*« auch in Deutschland ins Spiel gebracht oder ein »*Chief Scientific Officer*« als Mitglied des Kabinetts vorgeschlagen.¹⁵ Der Weltklimarat IPCC wird gerade in Krisenzeiten, wenn unangenehme Botschaften zu überbringen sind, als wichtiges Instrument hervorgehoben, da hier die Wissenschaft mit einer Stimme spricht und damit an Bedeutung gewinnen würde. Peter Weingart weist gerade angesichts der Pandemie und des Wirkens der Virolog:innen auf das idealtypische Gerüst von

12 beispielsweise Collins 2004.

13 Jasanoff 2003, S. 393.

14 Schnabel 2021.

15 Probst et al. 2021.

Politikberatung hin, nämlich Distanz, Transparenz und Öffentlichkeit. Die hier besonders interessierende Distanz wird geradezu als eine *conditio sine qua non* für die Unabhängigkeit der Wissenschaft von der Politik charakterisiert, die eine Vermischung von politischen und wirtschaftlichen Interessen und wissenschaftlichen Urteilen verhindere.¹⁶

Diese Vorschläge beruhen im Wesentlichen auf der Vorstellung der Wahrung der oben schon beschriebenen institutionellen Differenzierung von Wissenschaft und Politik. Angenommen wird dabei immer wieder die Dualität zweier unterschiedlicher Systeme, deren Funktionslogiken im Kern anderen Regeln folgen. Eine Vorstellung, für die in der Wissenschaftssoziologie immer wieder empirische wie auch konzeptionell-theoretische Ansätze Belege gesucht werden. Die Qualitätskontrolle des zur Verfügung gestellten Wissens soll dabei immer exklusiv bei der Wissenschaft verbleiben und ausschließlich nach akademischen Kriterien verortet werden, die Nützlichkeit der Beratung bleibt nachgeordnet.

Die Stärkung der Institutionen wissenschaftlicher Beratung auf Grundlage der Bewahrung der Funktionsdifferenzierung von Wissenschaft und Politik scheint daher nicht ausreichend zu sein. Die Frage ist ja, wie kann »robustes« Wissen erzeugt werden, das gesellschaftlich und auch im politischen Raum Resonanz und Akzeptanz findet? Es geht auch darum, wie möglicherweise schon im Prozess der Wissenserzeugung bedacht werden kann, ob und wie Aussagen von Expert:innen im öffentlichen Diskurs verwendet und politisiert werden, die für die ganze Debatte keinen produktiven Ertrag bringen. Ein erstes Element dieses neuen Verständnisses wäre es, mehr Einsichten in die Formen der wissenschaftlichen Arbeit zu erlauben.

Transparente Kommunikation könnte durchaus einen Vorteil haben, weil dadurch sichtbar wird, wie Wissenschaft funktioniert, weil »Vorläufigkeiten und das Erstellen neuer Hypothesen essentieller Bestandteil des wissenschaftlichen Erkenntnisprozesses«¹⁷ seien, wie Ruth Müller betont. Ein weiterer Vorzug des Austragens von Dissens und Ungewissheit im Grenzbereich von Wissen und Unwissen in der öffentlichen Debatte wird sogar als wichtiger Beitrag der Wissenschaft zur Demokratie gesehen, denn – und dies scheint das eigentliche radikale Moment in dieser Debatte zu sein – ausschließlich auf die Qualitätskontrolle der *Peers* zu vertrauen, in einer komplexen Welt nicht mehr ausreichend erscheint.¹⁸

4. *Co-Production* als neue Form der Politikberatung

Statt einer wie gerade in der Corona-Pandemie kommunizierten Forderung nach einer weiteren institutionellen Ausdifferenzierung der wissenschaftlichen Politikberatung zu pochen und damit zur Stärkung von Gremien beizutragen, in denen

16 Weingart 2021.

17 Lartz 2021, S. 6.

18 Hagner 2021.

die Wissenschaft unter sich bleibt,¹⁹ könnte man auch in die umgekehrte Richtung denken: einer Stärkung der Zusammenarbeit heterogener Akteur:innen zur gemeinsamen Erarbeitung von Wissen. Dieser Ansatz ist mittlerweile vor mehr als 20 Jahren als *Co-Production of Knowledge* bekannt geworden.²⁰ Wissenschaft, Politik und weitere gesellschaftliche Akteur:innen sowie die Wissenschaft arbeiten inter- und transdisziplinär an großen gesellschaftlichen Fragen. Das hat auch für die akademische Wissenschaft den Vorteil einer sozusagen »doppelten« Validierung. Zu den Prüfinstanzen der *Peers* ergänzen sich die anderen gesellschaftlichen Akteur:innen, die letztlich entscheiden, ob das Wissen anwendbar ist oder nicht.

Dieses »*Ecosystem of Expertise*«²¹ hat sich in den letzten Jahren rasant entwickelt. Es sind sogenannte »Experimentierräume« und »Reallabore« entstanden, in denen in unterschiedlichen Akteurskonstellationen Wissen gemeinsam generiert sowie technische und soziale Lösungsmodelle erarbeitet und erprobt werden.²² Sie sind nicht ausschließlich als neue *Settings* für die Politikberatung etabliert, aber machen doch einen bedeutenden Teil davon aus. Gerade im Energie- und Mobilitätssektor, deren Umbau für die Gesellschaften zentrale Herausforderungen darstellen, um den Klimawandel aufzuhalten, sind in der letzten Dekade solche Formen der Zusammenarbeit für die Politikberatung etabliert worden. Schon seit Jahren sind Einrichtungen wie die »Agora Energiewende« oder auch die »Agora Verkehrswende« von einer strategischen Bedeutung für diesen Transformationsprozess, weil sie Orte des geschützten Austausches darstellen, um unterschiedliche Interventionsstrategien vorzubereiten und deren Folgen dann wieder gemeinsam und in Respekt vor unterschiedlichen Referenzbereichen zu überprüfen und zu revidieren. Voraussetzung für eine erfolgreiche Zusammenarbeit sind klare Regeln und Regularien, Rollenklarheit, ein hohes Selbstreflexionsvermögen der beteiligten Akteur:innen und natürlich ein gemeinsamer Vertrauensvorschuss sowie der Abschied von der Idee einer hierarchischen Politikberatung. Wissenschaft spielt in diesen Foren als Lieferant von geprüftem Wissen – mit transparenter Produktionsstruktur – eine wichtige, aber keine dominante Rolle. Um Prozesse der gesellschaftlichen Transformation einzuleiten, zu begleiten und abzuschätzen, entstehen so viele Unwägbarkeiten, die sich einer empirischen Forschung entziehen. Beispielsweise steht schon seit längerem die Frage im Raum, wie Verbraucher:innen reagieren, wenn die CO₂ Preise drastisch erhöht werden. Die Erkenntnisse aus der Vergangenheit taugen als Erklärung nicht sehr viel, weil sich zwischenzeitlich die Umstände und Kontexte verändert haben, wissenschaftliche Forschung aber genau diese *ceteris paribus*-Struktur zur Ergebnisformulierung braucht. Wissen-

19 Die öffentliche Kritik an Beratungsgremien in der Pandemie - in dem Fall der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina - zeigte, dass sie nicht einmal im ausreichenden Maße interdisziplinär zusammengesetzt waren, um die für die anstehenden Problemlagen, beispielsweise im Bildungsbereich, Lösungsansätze erarbeiten zu können.

20 Nowotny 2000, Nowotny et al. 2001.

21 Doubleday und Wilsdon 2015.

22 Simon und Knie 2021.

schaft schleppt daher im Annahmen- und Hypothesengerüst – ohne die keine empirische Forschung auskommt – immer das Vergangene mit in die Zukunft. Fortschritte können daher dann erzielt werden, wenn nicht wissenschaftliche Akteur:innen Entscheidungen treffen und neue Umstände schaffen, gleichsam einen neuen Raum der Erkenntnisgewinnung öffnen. Eine ausschließlich auf wissenschaftlicher Arbeit beruhende Politikberatung würde daher immer auf einer Pfadabhängigkeit beruhen und könnte nicht zu den angestrebten Lösungen beitragen.²³

Experimentelle Formate mit pluralen Besetzungen werden immer öfter von der Politik initiiert und in umfassende Förderlinien eingebettet. So hat beispielsweise Baden-Württemberg 2014 die Förderlinie »Reallabore« eingerichtet, das Bundesministerium für Wirtschaft die Projektgruppe »Experimentierräume« gegründet und das Bundesministerium für Arbeit- und Soziales »Arbeiten 4.0« als Plattform zu betrieblichen Lern- und Experimentierräumen für Arbeitsinnovationen etabliert. Erwartet werden seitens der Ministerien Ergebnisse, die eben nicht nur wissenschaftlich valide sind, sondern die für das Feld auch einen Nutzwert haben. Interessant ist dabei die Akteurskonstellation: Politik als Auftraggeberin und gleichzeitig als gleichberechtigte Partnerin in einem solchen Prozess, die sich an gemeinsam beschlossene Spielregeln halten muss. Erste Erfahrungen mit diesen neuen *Settings* sind auf dem 2016 eingerichteten WZB-Mercator Forum Wissenschaft und Politik reflektiert worden.²⁴ Es hat sich gezeigt, dass unter anderem neue Lösungs- und Regulierungsansätze erprobt und Empfehlungen für die Gesetzgebung auf Basis praktisch erprobten Wissens erarbeitet werden konnten. Die Verbindlichkeit des erarbeiteten Wissens konnte erhöht werden, unter anderem durch die direkte Beteiligung von Akteur:innen aus der Politik. Die Austragungsorte von Disputen finden in einem geschützten Raum und nicht sofort in öffentlichen Debatten statt, wodurch Zuspitzungen, rhetorischer Überschuss, grundsätzliche Positionskämpfe (zunächst) vermieden werden können. Die gemeinsame Erarbeitung von Wissen ist jedoch im Hinblick auf die Prozessgestaltung äußerst voraussetzungsvoll, da Akteurinnen und Akteure aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Feldern auf Augenhöhe moderiert werden müssen. Entscheidend ist dabei, die Vermeidung einer wissenschaftlichen Dominanz durch ein hierarchisches Transferverständnis. Eine abschließende Einschätzung dieses neuen partizipativen Gestaltungsansatzes von Politikberatung steht allerdings noch aus, zumal sich die Wirkmächtigkeit im weiteren politischen Prozess auch noch erst beweisen muss. International gesehen, gehören diese Formate allerdings mittlerweile zur Kartographie der Politikberatung.²⁵

23 Knie 1989.

24 WZB-Mercator Forum Wissenschaft und Politik (wzb-mercator-forum.de).

25 Doubleday und Wilsdon 2015.

5. Mehrwert für die Wissenschaft?

Diese *Co-Production* als eine Form moderner Form wissenschaftlicher Politikberatung kann auch dazu dienen, mehr Robustheit in die akademische Arbeit zu bekommen. Die Öffnung verschafft wissenschaftlicher Arbeitsweise mehr Legitimation und Vertrauen, insbesondere dann, wenn die wissenschaftlichen Vertreter:innen diese Beteiligung respektieren, aufnehmen und am Ende in den eigenen Erkenntnisprozess nachvollziehbar integrieren.

Möglicherweise ist dies auch ein Teil der Erklärung zum Verhalten von Virolog:innen, sich nicht nur frühzeitig der Öffentlichkeit zu stellen, sondern diese noch vor vollendeter Prüfung durch die *Peers* regelrecht zu suchen. Robustes Wissen entsteht dann durch diese doppelte Validierung: einmal durch die *Peers* und zum zweiten durch die Anwendungen selbst. Neu an einem solchen »*Co-Production*« Verfahren ist, dass im ersten Schritt nicht die übliche abgeschottete wissenschaftliche Behandlung, die Generierung der Fragestellung, die Auswahl der Methoden und die konzeptionelle »Zerschneidung« des Gegenstandes erfolgt, sondern vielmehr der konkrete Anwendungsfall, ein gesellschaftliches Problem oder eine zu lösende politische Aufgabe. Denn es dürfte ja keineswegs selten sein, dass wissenschaftliche Expertise von der Politik sehr konkret anlassbezogen zu Rate gezogen wird. Die Fragen zur Bekämpfung der Pandemie ist da sicherlich nur einer der eindrucksvollsten Anlässe.

Denkbar wäre es daher, dass auch aus Sicht der Politik die Beratung durch wissenschaftliche Gremien dann erfolgversprechend ist, wenn die Wissenschaft zur Teilhabe an der Lösung des Problems von Beginn an eingeladen würde. Umgekehrt müsste sich die Wissenschaft darauf einlassen, ebenfalls einen Teil des wissenschaftlichen Erkenntnisprozesses in gemeinsamer Arbeit mit anderen Akteur:innen zuzulassen. Dies geschieht mutmaßlich öfters als es den Anschein hat. Interessanterweise hat der Wissenschaftsrat in seinem Positionspapier zu den Lehren aus der Covid-19-Krise die Weiterentwicklung des Wissenschaftssystems für die Krisenreaktionsfähigkeit in der Politikberatung verstärkt auf die Notwendigkeit hingewiesen, dass

Akteure verschiedener gesellschaftlicher Bereiche mit Vertreterinnen und Vertreter mit dezidiert unterschiedlichen Interessen zusammenarbeiten. Ziel einer solchen Kooperation ist es nicht, einen Konsens zu erzielen, sondern vielmehr »robuste Ergebnisse« zu erarbeiten, die hinreichend gut sind, um zur Lösung des von Seiten der Politik adressierten Problems beizutragen.²⁶

6. Modifizierte Reputationsordnung in der Wissenschaft

Die Attraktivität für diese Interaktionen mit Akteur:innen aus Politik und Gesellschaft in der Politik- oder auch der Gesellschaftsberatung liegt zum einen in der Öffnung der *scientific communities* gegenüber gesellschaftlichen Belangen und damit zusammenhängend zum anderen, in der veränderten Reputationsordnung der

26 Wissenschaftsrat 2021, S. 20.

Wissenschaft im Sinne einer Anerkennung und Ausdifferenzierung unterschiedlicher Modi der Wissensproduktion. Dies wirkt sich vor allem auf die Bewertung der Qualität von Wissenschaft, die Karrierewege und Ressourcenzuteilung aus. Die neuen Formen der Wissensproduktion besitzen derzeit im deutschen akademischen Wissenschaftssystem erst noch Nischenpositionen und gelten allenfalls als interessante Randerscheinungen. In der Reputationshierarchie institutioneller Bewertungsprozesse spielen sie bestenfalls die Funktion eines Alibis, als scheinbarer Ausweise für eine Praxisnähe.

Dabei geht es um eine für das gesamte Wissenschaftssystem zentrale Frage, nämlich um die nach der Anerkennung und Bewertung von Diversität der Wissensproduktion ohne eine sofort einsetzende Hierarchisierung. Gerade in der Grundlagenforschung dominiert weiterhin die Bewertung der *Peers* als das Maß aller Dinge, die sich noch dazu in quantitativer Form die Grundlage für das Diktum von Numerik etwa in Form von Rankings und Ratings liefert und in der Symbole und Rituale konkrete Anerkennungspraktiken ersetzen.²⁷ Diversifizierung würde auch für jüngere Wissenschaftler:innen neue Karrierewege und Anerkennung im akademischen System ermöglichen, die nicht ausschließlich hochrangige Publikationen voraussetzt, sondern auch auf beispielsweise Politikberatung in neuen Interaktionsformen setzt, die oft sehr zeitintensiv und organisatorisch aufwändig sind und die sich für eine Karriere im Wissenschaftssystem bisher nicht lohnen. So geht auch der Wissenschaftsrat davon aus, dass seine Empfehlung, dezentrale Netzwerkstrukturen zwischen Wissenschaftler:innen und politischen Akteur:innen sowohl für den Krisenfall als auch für die kontinuierliche Beratung zu bilden, nur Widerhall in der Wissenschaft findet, wenn der Aufbau solcher Netzwerke »stärker *wertgeschätzt [wird] [...]*, so dass sich ein solches Engagement auch im Wissenschaftssystem selbst *reputationsförderlich* auswirkt.«²⁸

Die Voraussetzung ist, dass sich die Wissenschaft öffnet und neue Formen der Zusammenarbeit zulässt. Belohnt werden würde dieses Verhalten mit einem Zugewinn an Einfluss, weil durch die doppelte Validierung eine höhere Beteiligung und mutmaßlich eine höhere Wirksamkeit erreicht wäre. Die Wissenschaft sollte über ausreichend Selbstbewusstsein verfügen, diese Transformation des eigenen Tuns proaktiv anzugehen.

Schließlich profitiert auch die Politikberatung davon. Expertise wird zwar immer umstritten bleiben, aber möglicherweise könnten die Formen der Auseinandersetzungen produktiver und effizienter gestaltet werden.

27 Honneth 2010.

28 Wissenschaftsrat 2021, S. 19.

Literatur

- Bartl, Marc 2020. »Vom Drosten-Effekt und einer neuen Offenheit« in, 3. Juni 2020, <https://kr.ess.de/news.de/detail/beitrag/145222>, zitiert in: Weingart, Peter (2021): Wissenschaftliche Politikberatung in Krisenzeiten, in *Aus Politik und Zeitgeschichte*, <http://www.bpb.de/apuz/wissen-2021/325609/wissenschaftliche-politikberatung-in-krisenzeiten> (letzter Zugriff am 3. August 2021).
- Bösch, Stefan 2016. *Hybride Wissensregime. Skizze einer soziologischen Feldtheorie. 1. Auflage*. Baden-Baden: Nomos.
- Bösch, Stefan 2019. »Processing Issues in Science Policy: Emerging Epistemic Regimes«, in *Handbook on Science and Public Policy*, hrsg. v. Simon, Dagmar; Kuhlmann, Stefan; Stamm, Julia; Canzler, Weert, S. 317-335. Cheltenham/Northampton: Edward Elgar Publishing.
- Collins, Harry 2004: »Interactional Expertise as a Third Kind of Knowledge«, in *Phenomenology and the Cognitive Sciences* 3, S. 125-143.
- Doubleday, Robert; Wilsdon, James 2015. *Future Directions for Scientific Advice in Europe, London*. Cambridge: Centre for Science and Policy.
- Hagner, Michael 2021. »Auf die Probe gestellt. Zum Verhältnis von Wissenschaft und Demokratie«, in *Forschung und Lehre* 2,21, S. 100.
- Honneth, Axel 2010. »Das Ich im Wir. Anerkennung als Triebkraft von Gruppen«, in *Das Ich im Wir. Studien zur Anerkennungstheorie*, hrsg. v. Honneth, Axel, S. 261-279. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Jasanoff, Sheila 2003. »Breaking the Waves in Science Studies: Comment on H.M. Collins and Robert Evans The Third Wave of Science Studies«, in *Social Studies of Science* 33, 3, S. 389-400.
- Jasonoff, Sheila 2013. »Epistemic Subsidiarity – Coexistence, Cosmopolitanism, Constitutionalism«, in *European Journal of Risk Regulation* 4, S. 133-141.
- Kaldewey, David 2013. *Wahrheit und Nützlichkeit. Selbstbeschreibungen der Wissenschaft zwischen Autonomie und gesellschaftlicher Relevanz*. Bielefeld: Transcript.
- Knie, Andreas 1989. »Das Konservative des technischen Fortschritts: Zur Bedeutung von Konstruktionsstrategien, Forschungs- und Konstruktionsstilen in der Technikgenese«, WZB Discussion Paper FS II, S. 89-101. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Knie, Andreas; Simon, Dagmar 2016. »Innovation und Exzellenz. Neue und alte Herausforderungen für das deutsche Wissenschaftssystem«, in *Handbuch Wissenschaftspolitik*, 2. Auflage, hrsg. v. Simon, Dagmar; Knie, Andreas; Hornbostel, Stefan; Zimmermann, Karin, S. 21-38. Wiesbaden: Springer VS.
- Lartz, S. 2021. »Wissenschaft trifft auf Tagespolitik – und alles twittert durcheinander« in *Neue Zürcher Zeitung* vom 9. Januar 2021., S. 6.
- Lentsch, Julius 2016. »Wissenschaftliche Politikberatung: Organisationsformen und Gestaltungselemente«, in *Handbuch Wissenschaftspolitik*, 2. Auflage, hrsg. v. Simon, Dagmar; Knie, Andreas; Hornbostel, Stefan; Zimmermann, Karin, S. 317-334. Wiesbaden: Springer VS.
- Merton, Robert K. 1985. *Entwicklung und Wandel von Forschungsinteressen. Aufsätze zur Wissenschaftssoziologie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Nowotny, Helga 2000. Re-Thinking Science: From Reliable to Socially Robust Knowledge, in *Jahrbuch 2000 des Collegium Helveticum*, hrsg. v. Nowotny, Helga; Weiss, Martina, S. 221-224. Zürich: vdf Hochschulverlag.
- Nowotny, Helga; Scott, Peter; Gibbons, Michael 2001. *Re-Thinking Science: Knowledge and the Public in the Age of Uncertainty*. Cambridge: Polity Press.
- Pielke, Roger A. 2007. *The Honest Broker. Making Sense of Science in Policy and Politics*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Probst, Maximilian; Schnabel, Ulrich; Scholz, Anna-Lena; Spiewak, Martin 2021. »So gewinnt das bessere Argument. Neun Thesen, wie Wissenschaft und Öffentlichkeit sich besser verständigen«, in *ZEIT*, 28.02.2021.
- Stichweh, Robert 1984. *Zur Entstehung des modernen Systems wissenschaftlicher Disziplinen. Physik in Deutschland 1740-1890*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

- Simon, Dagmar; Knie, Andreas 2021. »Vom Libero zur Viererkette? Transdisziplinäre Forschung in der akademischen Wissenschaft«, in *Wissenschaft im Strukturwandel. Die paradoxe Praxis engagierter Transformationsformen der Gesellschaft – Transformation der Wissenschaft*, hrsg. v. Herberg, Jeremias; Staemmler, Johannes; Nanz, Patrizia, S. 63-82. München: oekom verlag.
- Schnabel, Ulrich 2021. »Auf der großen Bühne. Seit einem Jahr sind Wissenschaftler gefragt wie noch nie. Doch wenn sie zusammenstoßen mit Medien und Politik, kommen ihre Argumente oft verzerrt an. Warum ist das so?«, in *ZEIT*, 1.03.2021.
- Weingart, Peter; Lentsch, Julius 2008. *Wissen, Beraten, Entscheiden: Form und Funktion wissenschaftlicher Politikberatung in Deutschland*. Velbrück: Weilerswist.
- Weingart, Peter 2021. *Wissenschaftliche Politikberatung in Krisenzeiten*. <http://www.bpb.de/apuz/wissen-2021/325609/wissenschaftliche-politikberatung-in-krisenzeiten> (Zugriff vom 3. August 2021).
- Wissenschaftsrat 2021. *Impulse aus der COVID-19-Krise für die Weiterentwicklung des Wissenschaftssystem in Deutschland*, Positionspapier, Drs. 8834-21, Köln.

Zusammenfassung: Die Pandemie wirkt wie ein Katalysator auf die lang andauernde Debatte über das Verhältnis von Wissenschaft und Politik. Wissenschaftliche Politikberatung wird gerade in der Krise zur umstrittenen Expertise und tangiert Grundverständnisse: »Saubere« Trennung zwischen den beiden Sphären und Referenzsystemen oder direkte Formen der *co-production* zwischen Wissenschaft und anderen gesellschaftlichen Akteuren, die unter anderem die Verbindlichkeit des gemeinsam erarbeiteten Wissens erhöhen. Auch die Wissenschaft kann davon profitieren. Dies setzt allerdings voraus, dass sich ihre Reputationsordnung verändert.

Stichworte: Ko-Produktion von Wissen, wissenschaftliche Gemeinschaften, Impact, doppelte Validierung, Reputationsordnung der Wissenschaft

Double Validation of Expertise: Scientific Policy Advice as Co-Production

Summary: The pandemic acts as a catalyst for the long-lasting debate on the relationship between science and politics. Especially in times of crisis, scientific policy advice is becoming a controversial expertise and tangentially affects basic understandings: »clean« separation between the two spheres and reference systems or direct forms of co-production between science and other societal actors, which, among other things, increases the binding nature of jointly developed knowledge. Science can also benefit from this. This presupposes, however, that its reputational order changes.

Keywords: Co-production of knowledge, scientific communities, impact, double validation, science reputation order

Autor:innen:

Prof. Dr. Andreas Knie,
Forschungsgruppe digitale Mobilität und gesellschaftliche Differenzierung,
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung,
Reichpietschufer 50,
10785 Berlin,
andreas.knie@wzb.eu

Dr. Dagmar Simon,
EVACONSULT,
Emserstr. 22,
10719 Berlin,
simon@evaconsult.de